

Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Hochschule im Koalitionsvertrag

23.04.2025

Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Hochschule ist unabdingbar. Die zukünftige Regierung braucht hier eine klare Haltung und konkrete Maßnahmen!

Wir begrüßen das Vorhaben einer **ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie** und der Unterstützung gleichstellungspolitischer Akteur*innen. Wir fordern diese Bereitschaft auch für Wissenschaft und Forschung: Gleichstellungsstandards an Hochschulen gehören zu einer im Bund und in den Ländern verankerten Strategie. Hochschulen sind als Bildungseinrichtungen und als Arbeitgeberinnen relevante zukunfts-gestaltende gleichstellungspolitische Akteurinnen.

Die **Wissenschaftsfreiheit** für Forschende aus aller Welt, insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen, ist ein bedeutsames und schützenswertes Gut in Deutschland. Hier braucht es eine intersektionale Perspektive auf Geschlechtergerechtigkeit und mehr Fokussierung auf Diskriminierungsschutz. Dass die Stärkung der Geschlechterforschung unerwähnt bleibt, ist eine Leerstelle im Koalitionsvertrag. Hier bedarf es einer klaren Positionierung.

Digitalisierung muss geschlechtergerecht und diskriminierungsfrei gestaltet werden. Wir begrüßen die Innovationsförderung im **Bereich KI** für Hochschulen und Wissenschaft. Unerwähnt bleibt jedoch, dass der Einsatz von KI geschlechtergerecht, inklusiv und diskriminierungssensibel gestaltet werden muss. Wir fordern gesetzliche Regelungen zur Vermeidung diskriminierender Algorithmen und KI-Anwendungen und effektive Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische und queerfeindliche digitale Gewalt (z. B. Hate Speech und Antifeminismus).

Wir begrüßen die **Gewaltschutzstrategie** des Bundes und die Entwicklung eines nationalen Aktionsplans. Dieser muss Hochschulen jedoch miteinbeziehen. Eine starke Wissenschaftspolitik befähigt Hochschulen, Strukturen aufzubauen, die Machtmissbrauch und (sexualisierter) Diskriminierung und Gewalt entgegenwirken und damit eine starke diskriminierungssensible Hochschulgovernance zu etablieren.

Wir begrüßen das Vorhaben zur Verbesserung der **Karrierewege und Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft**. Zu einer gerechten Arbeitskultur in Wissenschaft und Verwaltung gehören die Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie, eine zukunftsfähige Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, der Ausbau des Bund-Länder-Tenure-Track-Programms sowie die erweiterte Fortführung des bewährten Professorinnenprogramms.

Wir begrüßen im Bereich **Studium und Lehre** außerdem die Novellierung des BAföG, die verstärkte Förderung der Hochschulmedizin sowie die Stärkung der Geistes- und Sozialwissenschaften. Hierzu gehört auch eine starke Geschlechterforschung.

Wir begrüßen das Bekenntnis zum Schutz queeren Lebens. Neben der sexuellen Orientierung bleibt Geschlecht im Sinne einer **Geschlechtervielfalt** allerdings unerwähnt. Eine vielfältige Gesellschaft braucht ein starkes und im Sinne der Betroffenen gestärktes Selbstbestimmungsgesetz.

Wissenschaft und Forschung sind zentrale Säulen einer Demokratie. Der von CDU/CSU und SPD vorgelegte Koalitionsvertrag setzt wichtige Punkte, bleibt in der konkreten Ausgestaltung unter gleichstellungspolitischen Aspekten jedoch hinter dem zurück, was als notwendig für eine geschlechtergerechte Wissenschafts-, Forschungs- und Hochschullandschaft gesetzt werden müsste. Die bukof als geschlechterpolitische Stimme im wissenschafts- und hochschulpolitischen Diskurs wird die Umsetzung der Vorhaben kritisch und konstruktiv begleiten.

Herausgeberin

Bundeskonzferenz der Frauen- und
Gleichstellungsbeauftragten
an Hochschulen e.V. (bukof)
Anklamer Straße 38
10115 Berlin
www.bukof.de

Vorstand

Birgit Fritzen, Michaela Froberg, Dr.ⁱⁿ Sybille Jung, Alexandra
Kühnen, Christina Wolff

Geschäftsstelle

Canan Denli und Kristina Bode
geschaeftsstelle@bukof.de 0176 1521-1702